Nummer 364

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Gustwich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Löppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Jungiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesm.b.H., Berlin W 8, Krausenstr. 17.

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Donnerstag, 6. August 1925

Für Eckeners Nordpol-Luftschiff!

In 14 Tagen wird, wie unsere Leser wissen, in Friedrichshafen die Feier zur 25. Wiederkehr des Tages stattfinden, an dem zum erstenmal ein deutsches Zeppelinluftschiff sich über dem Bodensee erhob. Beim deutschen Volke wird es liegen, ob dieser Tag der Beginn des Vorstoßes der Zeppelinschen Idee zum endgültigen Siege sein wird. Den Mittelpunkt der Feier wird ein Appell bilden, den Dr. Eckener an das deutsche Volk richten wird, und in dem er die Deutschen auffordern wird, durch öffentliche Sammlungen die Millionen zusammenzubringen, die der Bau des von Dr. Eckener geplanten Nordpol-Luftschiffes erfordert. Seit Dr. Eckeners grandioser Gedanke, mit einem deutschen Luftschiff, das von dem ganzen deutschen Volke gebaut werden soll, den Nordpol zu erreichen, bekannt geworden ist, haben sich in der Oeffentlichkeit und zwar in Organen, die sonst vernünftige Gedanken äußern, Stimmen bemerkbar gemacht, die Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Unternehmens und des großen Volksopfers laut werden ließen. Bis in die letzten Tage hinein hat man solche mehr als merkwürdige Meinungen lesen müssen. In den Köpfen dieser Leute stellt sich die Lage offenbar ganz falsch dar.

Dr. Eckener hat mit seiner deutschen Mannschaft und mit seinem deutschen Schiff unter dem ehrfürchtigen Erstaunen der ganzen Welt den Ozean überflogen. Die Amerikaner haben mit Dank und verbindlichen Worten das Luftschiff als Reparationsleistung entgegengenommen und lassen es unter einem ausgezeichneten amerikanischen Kapitän kleine Paradefahrten über den großen Städten machen. Wagemutigen Taten sind sie abhold. Es genügt ihnen, das Luftschiff der Welt zu haben und damit ist der Fall für sie erledigt. Sie haben kein Interesse daran, die geniale Emanation deutschen Geistes, die das Luftschiff darstellt, sich weiterentwickeln zu lassen.

Was soll aus Zeppelins Idee werden? Die Herren der Botschafterkonferenz haben genau gewußt, daß die Entwicklung des Luftschiffes allein auf der Grundlage des Wagemutes und der Sachkenntnis des kleinen deutschen Zeppelinschen Kreises für alle Zukunft ruhen würde. Könnte der Idealgeist dieser Männer einfach materiell in ein Ententeland verpflanzt werden, so hätte die Botschafterkonferenz ohne Zweifel Vorsorge getroffen, um der Entente die Entwicklung einer Luftschiffindustrie in Frankreich und England zu gewährleisten. Da aber Imponderabilien sich nicht stehlen lassen, so mußte man sich darauf beschränken, dem deutschen Ikarus die Flügel zu beschneiden. Es wurde verboten, Luftschiffe über 30 000 cbm Inhalt zu bauen. Die Begründung wurde damit gegeben, daß man der Gefahr entgehen wolle, daß Deutschland in der Zukunft große Zeppeline wieder zu militärischen Zwecken gebrauche.

Ein Luftschiff, das den Nordpol erschließen soll, kann selbst ein Franzose nicht als eine militärische Gefahr und ein Engländer nicht als eine Bedrohung seiner Weltverkehrsinteressen bezeichnen. Deshalb glauben die Kreise um Eckener, daß die Botschafterkonferenz dem Bau eines Luftschiffes von über 100 000 Kubikmeter Rauminhalt keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Da die jetzigen Inhaber des Ozeanluftschiffes, wie oben ausgeführt, kein Interesse an der Weiterentwickelung des Zeppelinschen Gedankens haben und den kostbaren Vogel lieber in den Käfig sperren, als ihn fliegen lassen, so wird es die Sache des deutschen Volkes sein, die Anregung Dr. Eckeners zur Ausführung zu bringen, die Anregung, deren tieferer Sinn ja doch der Wille ist, eine Entwickelung, deren gewaltige Ziele klar vor den Augen Eckeners und seiner Getreuen liegen, nicht vorzeitig durch die Ungunst unserer politischen Lage verkümmern zu lassen. Mit dem Volksfug soll keine sportliche Leistung vollbracht werden, sondern es soll der Welt der sinnfälligste und großartigste Beweis vorgeführt werden, daß es für das deutsche Luftschiff keine Hindernisse auf unserem Planeten und in seiner Atmosphäre gibt. Wenn die Erbringung dieses Beweises durch die große nationale Tat einer erfolgreichen Sammlung zur Finanzierung des Unternehmens ermöglicht wird, so wird außerdem für alle Deutschen, die sich daran beteiligt haben, für immer die schöne Genugtuung bestehen bleiben, daß sie das ihrige zu dem Zustandekommen eines Werkes beigetragen haben, das einer der wenigen Lichtblicke in den Düster unserer Gegenwart ist.

Dr. J.

Ein neues Diktat der Entente!

Sicherheits-Zwangsvertrag gegen Räumung der Kölner Zone.

Deutschland soll vor einen fertigen Garantiepakt gestellt werden.

TU London, 6. August.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, legt nach Pariser Informationen Briand jetzt einem Paktentwurf größere Bedeutung bei als der Antwort auf die deutsche Note. Der Quai d'Orsay habe einen Entwurf fertiggestellt, der etwas mehr als ein Vertragsfiskelet sei. Briand bemühe sich, die Zustimmung Chamberlains zu diesem Entwurf zu erhalten, bevor die Verhandlungen mit Berlin aufgenommen würden. In London sei man indessen sehr mißtrauisch gegen ein derartiges Verfahren und auch in Berlin hege man die Befürchtung, daß Deutschland möglicherweise einem fertigen englisch-französischen Vertrage gegenübergestellt werde, an dessen Abfassung es keinen Anteil gehabt habe, dessen Unterzeichnung durch Deutschland aber doch von England und Frankreich verlangt werde.

London, 6. August.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, in britischen Kreisen habe man ein gutes Verständnis für die inneren Schwierigkeiten, die Luther und Stresemann erfahren würden, falls statt der versprochenen Konferenz, auf der alle Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten sein würden, Deutschland schließlich einer fertigen französisch-englischen Vereinbarung und einem Vertrage gegenübergestellt würde, bei dessen Entwerfung es keinen Anteil hatte. Während des letzten Meinungsaustausches zwischen London und Paris seien andere heikle Vorschläge unterbreitet worden, insbesondere der, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden sollte, Deutschlands von den zuständigen Behörden, aber nur im Prinzip, indem seine Mitgliedschaft erst wirksam werde, nachdem 1. der Pakt abgeschlossen worden sei, und 2. die Abrüstung Deutschlands von den zuständigen Behörden in Uebereinstimmung mit den Friedensverträgen als vollendet erklärt worden sei.

Der Berichterstatter bemerkt, man könne leicht sehen, daß das erstere nicht durch die Völkerbundsatzungen gerechtfertigt werden könne, da nicht zwei oder drei Mächte Rechte übernehmen könnten, die dem Völkerbunde gemeinsam gehörten. Andererseits könnten zwei oder drei Mächte die Mitgliedschaft des Völkerbundes zu einer Vorbedingung des Paktes machen. Was den zweiten Punkt betreffe, so sei die Bestimmung juristisch korrekt, aber in der Praxis, so glaube man hier, sollte keine Obstruktion bestehen, weder von seiten Deutschlands durch Widerstand gegen die berechtigten (!) Forderungen der Alliierten, noch von seiten der Letzteren durch übertriebene Forderungen.

In London herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland die baldige Räumung Kölns so am Herzen liegen müsse, daß dies die Erfüllung der alliierten Forderungen durch Deutschland sicherstellen müsse.

Der Korrespondent bemerkt weiter, die belgische Note über den Sicherheitspakt sei vom britischen Standpunkt aus gesehen, vom größten Interesse und von der größten Bedeutung wegen ihrer Annäherung in wesentlichen Punkten an den britischen Standpunkt. Sie sei eine Völkerbundsnote in dem Sinne, daß sie versuche, Genf zum Schiedsrichter zu machen, wenn es sich um die Anwendung von Sanktions- und Kriegsmaßnahmen dritter Parteien im Falle irgendeines Konfliktes zwischen zwei Staaten handelt. Die belgische Note sei ein langes Schriftstück voller grundlegender juristischer Argumente. Sie werde augenblicklich von Sir Cecil Hurst mit den Juristen des Foreign Office sorgfältig untersucht.

*

Man muß gespannt sein, wie weit sich diese Meldung des englischen Blattes bestätigt. Im allgemeinen pflegt der „Daily Telegraph" über französisch-englische Verhandlungen gut orientiert zu sein. Der Sinn der französisch-englischen Vereinbarungen wäre also der:

Erst soll Deutschland bedingungslos in den Völkerbund eintreten, und zwar ohne daß dem Deutschen Reiche die Garantien gegen den Artikel 19 der Völkerbundssatzung gegeben werden, die die deutsche Regierung wiederholt gefordert hat. Deutschland soll die Rolle des Spielballes und des Schlachtfeldes bei internationalen Konflikten vorbehalten bleiben. Wenn zweitens Deutschland nicht gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes ist, so darf es den Sicherheitspakt unterschreiben und zwar in der Form, die in den französisch-englischen Geheimverhandlungen vereinbart ist. Und drittens: wenn der Pakt abgeschlossen ist, soll die Kölner Zone geräumt werden, die bekanntlich schon vor einem halben Jahre hätte geräumt werden müssen.

Dahin hat uns die Stresemannsche Paktpolitik geführt!

*

Der Ring um Deutschland schließt sich.

Uebereinstimmung Englands, Belgiens und Frankreichs in den wichtigsten Punkten.

TU Paris, 6. August.

Der „Temps" stellt gestern abend fest, daß zwischen England, Frankreich und Belgien in wesentlichen Punkten der Sicherheitsfrage eine Uebereinstimmung erzielt worden sei. Besonders habe sich der belgische Standpunkt der französischen Auffassung genähert. Die belgische Regierung stimme mit der französischen darin überein, daß der Versailler Vertrag und die Besetzung der Rheinlande nicht in Frage gestellt werden dürfe. Deutschland dürfe keine Sonderbehandlung im Völkerbund erhalten, seine Aufnahme erfolge zu den allgemeinen Bedingungen. Deutschlands Eintritt dürfe auch nicht von einer allgemeinen Abrüstung abhängig gemacht werden. Die von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverträge seien annehmbar, müßten sich jedoch auch auf politische Fragen, nicht nur auf juristische Streitfälle beziehen. Eine Konferenz über die Sicherheitsfrage komme vorläufig nicht in Frage, da erst ein grundsätzliches Einverständnis zwischen den alliierten Mächten erzielt sein müsse. Sie käme auch erst im Herbst nach der Völkerbundstagung in Frage. In offiziellen Kreisen der Pariser und Brüsseler Politik glaubt man, daß Deutschland noch keinen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zur diesjährigen Tagung stellen werde.

Die französische Antwort an Belgien fertiggestellt.

TU Paris, 6. August.

Das Auswärtige Amt hat die Antwort auf das letzte Memorandum Vanderveldes über den Sicherheitspakt fertiggestellt. Die Antwortnote wird umgehend in Brüssel überreicht werden.

Auch Vandervelde reist nach London.

TU Paris, 6. August.

„Oeuvre" glaubt zu wissen, daß auch der belgische Außenminister Vandervelde Anfang nächster Woche nach London reise, um an den Besprechungen Briands mit Chamberlain teilzunehmen.

Ein Dementi des amerikanischen Staatsdepartements.

TU New-York, 6. August.

Die Behauptung des Chicagoer Universitätsprofessors Schmidt auf der politischen Konferenz in Williamstown, er habe aus zuverlässigen diplomatischen Kreisen Europas erfahren, daß der Gedanke eines Sicherheitspaktes dem Reichsaußenminister Stresemann von Houghton eingegeben worden sei, wird vom amerikanischen Staatsdepartement entschieden in Abrede gestellt.

Der „beginnende Kampf der gelben gegen die weiße Rasse".

Aus Peking, 10. Juli, wird uns geschrieben:

Die „Shuntien Shih pao" hat kürzlich in einem Leitartikel die gegenwärtige nationalistische und fremdenfeindliche Bewegung in China als den Beginn des Kampfes der gelben gegen die weiße Rasse bezeichnet, eines Kampfes, in dem Japan und China zusammenstehen müßten.

Wenn auch japanischerseits gerade gegenwärtig an ein solches Bündnis keineswegs gedacht wird, so ist es doch charakteristisch, daß die japanische Presse in letzter Zeit China gegenüber, selbst bei chinesischen Herausforderungen, merkwürdig „kurz tritt". Von hiesiger japanischer Seite werden Meldungen in die Presse gebracht, daß die japanische Regierung die japanischen Baumwollspinnereien in Shanghai veranlaßt habe, die Differenzen mit den chinesischen Arbeitern unabhängig von den Verhandlungen über die Beilegung der sonstigen Zwischenfälle zu regeln und volle Genugtuung zu gewähren. In Japan faßt bezeichnet die Presse als Ziel der Bewegung in China die Beseitigung der Exterritorialität der Fremden und der China einseitig vertragsschließenden Verträge und versichert das chinesische Volk ihrer Sympathie für die Erreichung dieses Zieles. Man will also in Japan offenbar den Weg für das von der „Shuntien Shih pao" angedeutete Ziel für alle Fälle offen halten.

Man nimmt auch in Japan mit einer gewissen Schadenfreude Kenntnis von der besonderen Erbitterung der Chinesen gegen den früheren Bundesgenossen Japans, gegen England. Von den verschiedensten Seiten und Strömungen wird hier gegen England gehetzt. Das in Peking seit kurzer Zeit erscheinende Organ der radikalen Kuomintang-Partei, die von dem journalistischen Vertrauensmann des verstorbenen Sun Yat-sen, Herrn Eugen Chen, geleitete „Min-Pao" hetzt auf das feindschaftlichste gegen England und verdächtigt Männer, welche die Hetze nicht mitmachen wollen, wie z. B. Chang Tso-lin, als Verräter, die im englischen Solde ständen. Auch andere Führer der jung-chinesischen Intelligenz, wie Liang Chi-chao — der beiläufig 1917 die Kriegserklärung gegen Deutschland gefordert hatte —, hetzen jetzt zum Kriege gegen England. England habe zuerst — nach dem berüchtigten Opiumkriege — China die ungleichen Verträge aufgezwungen; England habe dann die Mandschu-Dynastie unter seine Botmäßigkeit zu bringen gewußt; die sich international nennende, in Wirklichkeit aber hritische Verwaltung der Niederlassung in Shanghai maße sich widerrechtlich gesetzgeberische Befugnisse an, kurz überall trete Englands Willkür die chinesische Souveränität mit Füßen.

Gefährlicher als das jung-chinesische Literatentum ist aber der christliche General Feng Yü-hsiang, der einer der Hauptrufer im Streite ist. Er hat kürzlich in einem Aufrufe gesagt: „Wenn Gefahr besteht, daß die Regierung ihr Ziel — Beseitigung der ungleichen Verträge — nicht erreicht, will ich, obwohl sich meine Truppen in Ausbildung und Bewaffnung nicht mit den Truppen unserer Feinde messen können, lieber bis zum letzten Manne kämpfen, als in schmählicher Knechtschaft weiterleben. Die inneren Kämpfe müssen aufhören, gegen den äußeren Feind muß eine Einheitsfront hergestellt werden".

Die chinesischen Zeitungen Pekings nehmen an, daß die patriotischen Aufrufe Fengs ihre Wirkung auch auf die Soldaten Chang Tso-lins nicht verfehlen werden.

Daß auch auf englischer Seite die vorwiegend gegen England gerichtete Bewegung mit großer Besorgnis betrachtet wird, geht aus einem in dem bedeutendsten englischen Blatte, der „Peking and Tientsin Times", wiedergegebenen „Eingesandt" hervor, daß von dem Blatte als eine der besten Darstellungen der gegenwärtigen Krisis bezeichnet wird. In diesem Eingesandt heißt es u. a.:

„Der Ton einflußreicher chinesischer Zeitungen läßt erkennen, daß die Führer der gegenwärtigen Bewegung entschlossen sind, bis zur Erreichung ihres Zieles durchzuhalten. Innerhalb der Bewegung sind die Patrioten in der Ueberzahl, es wäre verfehlt, die Bewegung auf bolschewistische Propaganda zurückführen zu wollen ... Die Studentenschaft versucht mit Erfolg die Soldaten mit patriotischem Geist zu erfüllen, sie lehrt sie, daß sie das Land gegen den äußeren Feind zu schützen haben .... Die Aufforderung Chamberlains, mit dem Urteil über die Vorfälle der letzten Zeit zurückzuhalten, bis Aufklärung erfolgt sei, muß in China ungehört verhallen. Das Beste wäre, offen zu bekennen, daß diese Bestimmungen der alten Verträge verbesserungsbedürftig sind und die Revision alsbald in Angriff zu nehmen."

*

Englands Lage in China.

Balfours mangelnde Initiative.

London, 6. August.

„Times" schreibt im Leitartikel über die britische Politik in China, daß der Ton der gestrigen Erklärung Balfours im Oberhaus über die chinesische Frage nicht sehr hoffnungsvoll gestimmt habe.

Das „rationelle Sachlieferungsprogramm".

Deutsche Arbeiter statt deutsche Waren.

TU Paris, 6. August.

Nach dem „Journal" hat Arbeitsminister Laval die zuständigen Stellen beauftragt, ein „rationelles Sachlieferungsprogramm" auszuarbeiten. Der Arbeitsminister sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß aus nationalwirtschaftlichen Gründe allein die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte zu empfehlen sei, von der Einfuhr deutscher Waren und Güter auf Grund des Sachlieferungsprogramms dagegen möglichst abgesehen werden müsse. Besonders bei der Bestellung von Eisenbahnwagen habe sich herausgestellt, daß die nationale französische Industrie zu sehr benachteiligt werde. Nur die Einfuhr von Teer und Pflastersteinen sei günstig für Frankreich. Die Direktion für Wege- und Brückenbau habe deshalb eine große Bestellung von Teer und Pflastersteinen angefordert. Im übrigen sei die Ausführung folgender Arbeiten durch deutsche Arbeitskräfte vorgesehen: 1. die Trockenlegung eines Zugangskanals bei Le Havre, 2. die Ablenkung des Aisne-Kanals bei Bethune, 3. die Instandsetzung des Rhein-Rhone- und Elsässischen Kanals. Der Handelsminister werde ebenfalls eine Liste der Arbeiten aufstellen lassen, für die sich die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte empfehle.

Die österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen.

Der ungarische Ackerbauminister Mayer erklärte, daß die Verhandlungen mit Oesterreich zwecks Schaffung eines endgültigen Handelsvertrages im September wieder aufgenommen würden. Die Verhandlungen über ein Provisorium könnten als endgültig gescheitert betrachtet werden. Obwohl der Abbruch der Verhandlungen die ungarische Wirtschaft unangenehm überrascht hat, sei man nicht in Schwierigkeiten gekommen, da die Ueberschüsse der ungarischen Osternte nach Deutschland, Polen und der Schweiz abgestoßen werden können. In Deutschland haben bereits große Mengen Marillen und Marmelade Absatz gefunden.